Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

3.6.1864 (No. 129)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 3. Juni.

Nr. 129. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

Frankfurt, 2. Juni. Bundestags-Sitzung. Die Bundesversammlung beschloß eine Aufforderung an die Bundesregierungen, dahin gehend, die Ausfuhr von Kriegsmunition seewärts aus Norddeutschland zu verbieten. Ferner billigt sie das Verhalten des Bundesbevollmächtigten, Hrn. v. Beust, in der Londoner Konferenz.

Hamburg, 2. Juni. (W. T.-B.) Die „Hamb. Nachr." bringen Kopenhagener Briefe vom 31. Mai, welche bestimmt versichern, daß die Regierung die Waffenruhe um keinen Tag verlängern werde, wenn nicht zuvor eine annehmbare Friedensbasis gefunden sein wird. Man macht sich daher auf die Fortsetzung des Krieges gefaßt.

† **Brüssel,** 2. Juni. Der „Indep. Belge" meldet man aus Kopenhagen: Dänemark wird auf den Waffenstillstand eingehen, denn die Armee ist gelichtet, Alsen und Fühnen allzu sehr entblößt, Widerstand unmöglich.

† **Neu-York,** 21. Mai. Der südstaatliche General Ewell versuchte am 19. d. eine Umgehung des rechten Flügels Grant's. Dieselbe ist jedoch mißlungen. General Sherman ist in Casseville (Georgien, auf dem Wege nach Atlanta) angekommen. Stanton schickte Grant 20,000 M. alte Truppen zur Verstärkung. Goldagio 83¼.

Deutschland.

Dresden, 30. Mai. (Dresden. Journ.) Die Zweite Kammer hat heute die Budgetabtheilung für allgemeine Staatsbedürfnisse erledigt. Die postulirten Summen, darunter eine Erhöhung der Zivilliste um 45,000 Thlr. („zu Aufbesserung der Gehalte der von der Zivilliste zu bezahlenden Beamten und Diener"), sind ohne wesentliche Abänderung bewilligt worden. Auch wurde bei der allgemeinen Debatte folgender Antrag des Abg. Mammen gegen 5 Stimmen von der Kammer angenommen:

Die hohe Staatsregierung wolle in sorgfältige Erwägung ziehen, ob und in wie weit die zum königl. Hausfideikommiß gehörigen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft mehr als seither dem Publikum zugänglich gemacht werden können, und dabei besonders zu berücksichtigen, in wie weit die Eintritts- und Führungsgelder gänzlich in Wegfall gebracht oder wenigstens beschränkt werden können.

Berlin, 31. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg." druckt das von der „Köln. Ztg." mitgetheilte Protokoll aus der Konferenzsitzung vom 17. Mai ab und setzt dann hinzu:

Nach diesen Mittheilungen hebt dann die „Köln. Ztg." hervor, daß somit Preußen und Oesterreich noch am 17. Mai auf dem Standpunkt der Personalunion gestanden hätten, und andere Fortschrittsmänner thun das Gleiche, hinzufügend, daß eben nur die Weigerung Englands und Dänemarks, auf die preußisch-österreichischen Vorschläge einzugehen, die Dinge der weitern Entwicklung entgegengeführt hätte. Wir können, insofern man aus diesen Deduktionen die Schlußfolgerung zu ziehen bemüht ist, daß die deutschen Großmächte, und insbesondere Preußen, in Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage die Sache der Herzogthümer nicht mit der ganzen Energie vertreten, die Verbreitung solcher Ansichten nur als einen weitern Beweis dafür erkennen, wie sehr die Regierung trotz aller ihrer bisher erzielten Erfolge, selbst in dieser so durchaus nationalen Sache, überall auf das Uebelwollen jener Partei stößt, welcher die Sache der Herzogthümer durchaus gleichgiltig, die Opposition, um jeden Preis aber Alles ist. Wenn Preußen wirklich in der Konferenzsitzung vom 17. d. noch die Personalunion als die nächste Forderung aufstellte, gleichzeitig aber die Vereinigung der Herzogthümer und vollständige politische und administrative Unabhängigkeit für dieselben verlangte, die Garantie hiefür dem Deutschen Bunde und den beiden deutschen Großmächten übertrug — diese Angelegenheit somit für immer der internationalen Einmischung entzog — und von der Annahme dieser Vorschläge en bloc diese Vorschläge selbst abhängig machte, — so muß sich jedes unbefangene Urtheil dahin vereinigen, daß eben so wohl die Forderung Preußens, als die Art und Weise dieser Forderung einer der erfolgreichsten diplomatischen Schachzüge war, besonders, wenn man das Bindeglied des vorhergehenden Zuges, die Note vom 15. d. M., nicht aus den Augen verliert. Daß Preußen hierbei sowohl von den Vertretern Oesterreichs und des Deutschen Bundes, als auch von der umsichtigen Politik Frankreichs unterstützt wurde, ist natürlich nicht gering anzuschlagen; daß aber eben diese Unterstützung gewährt wurde, ist ein Anerkenntniß der eben so ernsten und entschiedenen, als gemäßigten Politik, die Preußen verfolgt hat. Als Konsequenz jener beiden Züge sehen wir denn die gegenwärtige Situation, welche von allen über die Sitzung am 28. v. M. einlaufenden Berichten dahin resumirt wird, daß die deutschen Vertreter gegenwärtig dahin gelangt sind, das Verhältniß der Herzogthümer nur auf der Basis der Unabhängigkeit von Dänemark zu regeln, und die Erbfolge des Herzogs von Augustenburg, so weit derselbe sein Erbrecht überzeugend nachzuweisen im Stande ist, zu unterstützen. Daß übrigens die Erbfolge und die Grenzregulirung noch sehr viele Schwierigkeiten darbieten werden, ist leicht zu ermessen; und wenn auch die neutralen Mächte es nicht zurückweisen würden, die holsteinische Erbfolge-Frage als eine deutsche Frage behandelt zu sehen, so dürften sie doch die Erbfolge in Schleswig als eine der internationalen Entscheidung unterliegende Frage zu betrachten gewillt sein.

Zu dem Dementi des „Dresd. Journ.", das an Hannover zu gewährende Präcipuum betreffend, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.":

Auch von preußischer Seite ist eine solche Zusage an Hannover nicht gemacht worden, und es wäre dieselbe bei der jetzigen Sachlage auch gar nicht erklärlich, da der Umfang des Zollvereins noch gar nicht feststeht. Sollten nur norddeutsche Staaten dem Zollverein beitreten, so würde jeder Grund zur Fortgewährung des Präcipuums an Hannover wegfallen. Denn Hannover hat solches nur wegen seiner Mehrkonsumtion von Wein und Kolonialwaaren erhalten. Da diese Mehrkonsumtion aber nur gegenüber den süddeutschen Staaten Platz greift, so würde eine Bevorzugung Hannovers in besagtem Falle ungerechtfertigt sein. Sollten dagegen auch Südstaaten bei dem Zollverein bleiben, so würde es sich zunächst um Feststellung der Konsumtionsunterschiede und um die Frage handeln, ob die Voraussetzungen von 1852 noch zutreffen. Erst nach Bejahung dieser Frage könnte von Bewilligung eines Präcipuums die Rede sein, welches indessen keinenfalls so groß wie früher ausfallen würde, weil die damaligen Berechnungen sich als übertrieben herausgestellt haben.

Seit der am 23. Mai erfolgten Ueberreichung der Adresse in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit an Se. Maj. den König sind 250 gleichlautende Adressen mit anderweiten 18,559 Unterschriften aus allen Gegenden der Monarchie eingegangen, unter andern aus den Städten, resp. Kreisen:

Berlin, Breslau, Posen, Magdeburg, Halle, Koblenz, Trier, Eupen, Gladbach, Saarlouis, Bielefeld, Thorn, Graudenz, Stargard i. Pr., Cöslin, Dirschau, Ortelsberg, Waldburg, Tirschtiegel, Sternberg, Crossen, Sorau, Kyritz, Beeskow, Labes, Rügenwalde, Schivelbein, Pyritz, Löwenberg, Sagan, Landeshut, Leobschütz, Ohlau, Oppeln, Meseritz, Fraustadt, Chodziesen, Lissa, Gommern, Aschersleben, Burg, Rheydt, Rees, Eschweiler, Jülich, Ehrenbreitenstein.

Diese Adressen sind heute Namens des Komitee's dem königl. Ministerpräsidenten, Hrn. v. Bismarck-Schönhausen, mit dem Antrag übersendet, dieselben Sr. Maj. dem König vorzulegen.

Berlin, 31. Mai. Man schreibt der „Köln. Ztg.": „Die jetzt im Text vorliegende Notiz der „Ostd. Post" über die Sitzung der Konferenz vom 28. enthält nach übereinstimmenden Nachrichten aus unterrichteten Kreisen einige Irrthümer, welche das sonst vorsichtigere Blatt wahrscheinlich später nach genaueren Informationen selbst berichtigen wird. Man kann es vorerst dahingestellt sein lassen, ob wirklich Graf Apponyi, wie die „Ostd. Post" meldet, den Antrag der deutschen Bevollmächtigten gestellt und darin von dem Grafen Bernstoff und Hrn. v. Beust unterstützt worden ist, oder ob die Reihenfolge die umgekehrte war, worauf im Grunde wenig ankommt, da die deutschen Bevollmächtigten einig waren. Irrthümlich ist dagegen nach unsern Nachrichten, daß die deutschen Bevollmächtigten dem englischen Vorschlage gegenüber das Prinzip der Theilung für unannehmbar erklärt hätten. Die deutschen Bevollmächtigten haben, so viel man weiß, die Erörterung von Verhältnissen des deutschen Gebietes (Kiel, Rendsburg) abgelehnt und zurückgewiesen, andererseits aber in dem Vorschlag der Neutralen ein Transaktionselement konstatirt. Daraus geht also im geraden Gegensatz zu der Nachricht der „Ostd. Post" hervor, daß das Prinzip der Theilung von deutscher Seite nicht zurückgewiesen wurde. Dieser Punkt ist so wichtig, daß man unmöglich lange darüber in Ungewißheit bleiben kann. Was die Haltung der Neutralen angeht, so ist seit gestern in nichtpreußischen Kreisen vielfach von einer Koalition zwischen England, Frankreich, Rußland und Schweden die Rede, welche die Angelegenheit in eine ungünstige Lage zu bringen drohe. Man wird diese Auffassung mit Vorsicht behandeln wollen. Zwar scheint es richtig, daß nicht nur der englische Vorschlag, die Theilung bis zur Schley-Linie, von sämmtlichen Neutralen unterstützt wurde, sondern diese auch den englischen Bedingungen, unter welchen das Londoner Protokoll aufgegeben werden solle, zugestimmt haben sollen. Hierüber wird aber, was die Form der Zustimmung betrifft, doch Näheres abzuwarten sein. Nach mehreren sonst unterrichteten Pariser Korrespondenzen soll Frankreich darauf, daß Kiel kein Kriegshafen werden solle u. s. w., keineswegs dasselbe Gewicht legen, wie England. Dies liegt auch in der Natur der Sache. Frankreich hat dabei nicht dasselbe, ohnehin mißverstandene und engherzige Interesse, wie England, sogar in gewisser Beziehung das entgegengesetzte. Dazu kommt, daß das Aufstellen einer Bedingung in der Weise, daß das Fallenlassen des Londoner Protokolls ihr untergeordnet werden solle, der französischen März-Depesche, welche den Londoner Vertrag wiederholt für ein ohnmächtiges Werk erklärt hat, ins Gesicht schlagen würde. Auch bei Gelegenheit eines frühern, auf deutscher Seite unannehmbar erkannten Waffenstillstands-Antrags hatte es geheißen, Frankreich habe ihn unterstützt, und hinterher zeigte es sich, daß die Unterstützung eine sehr kühle gewesen war. Hierüber wird man also weitere Aufklärung abwarten wollen. Dagegen wird uns der allerdings gar nicht günstige Umstand mitgetheilt, daß Frankreich die Befragung der Bevölkerung bis jetzt nur auf die dynastische Frage angewandt wissen wollte, nicht auf die Theilungslinie. (?) Die letztere soll nach französischer Auffassung, so inkonsequent es klingt, der Konferenz überlassen bleiben. Hat Frankreich daher am 28. auf der Konferenz die Befragung der Bevölkerung schon formell beantragt, worüber Zuverlässiges uns noch nicht bekannt geworden, so wird es mit der bezeichneten Einschränkung geschehen sein. Frankreich hat aber hoffentlich damit nicht sein letztes Wort gesprochen."

◇ **Berlin,** 1. Juni. Der Prinz Friedrich Karl trifft Vorbereitungen zu seiner baldigen Rückkehr nach Schleswig. — Bekanntlich wurden gleich nach dem Beginn des Waffenstillstandes von jeder Kompagnie und Schwadron der mobilen preußischen Armee 10 Mann auf 14 Tage in die Heimath beurlaubt. Nachdem diese Mannschaften bei ihren Truppentheilen auf dem Kriegsschauplatz wieder eingetroffen waren, erfolgte die Beurlaubung anderer 10 Mann per Kompagnie ebenfalls auf 14 Tage. Letztere Mannschaften haben Befehl, am 10. Juni sich wieder bei ihren Regimentern zu stellen. — Seit einigen Tagen verweilt die Frau Herzogin von Augustenburg, Mutter des Herzogs Friedrich, hier im „British Hotel". Am letzten Montag stattete der König ihr einen Besuch ab. Der Herzog Friedrich traf heute mit seinem Bruder Christian von Kiel hier ein und begab sich Mittags nach Babelsberg zu Sr. Majestät. — Die „Kreuzzeitung" widerspricht in ihrem neuesten Blatt den jetzt wieder umlaufenden Gerüchten von einer angeblich nahe, resp. zum Juli bevorstehenden Einberufung des Landtags.

Wien, 31. Mai. Man schreibt der „Allg. Ztg.": „Es sind schon früher einzelne Andeutungen über die sehr entschiedene Stellung, welche die Königin Victoria persönlich in dem deutsch-dänischen Konflikt eingenommen, in die Oeffentlichkeit gedrungen; erlauben Sie mir, weil diese Stellung möglicher Weise auch noch in dem fernern Verlauf der Angelegenheit von maßgebender Bedeutung werden kann, mit einigen Worten darauf zurückzukommen. Ich bemerke dabei, daß die nachstehenden Notizen hier in diplomatischen Kreisen als durchaus verläßlich umlaufen. Unmittelbar nach der letzten Konferenzsitzung in London, also am 17. Mai, trat unter dem Vorsitz der Königin der englische Ministerrath zusammen, und Lord Russell, von Lord Palmerston unterstützt, stellte den bestimmten Antrag: für den Fall, daß eine Verständigung zwischen den kriegführenden Theilen nicht würde zu Stande gebracht werden, die englische Flotte zur Kooperation mit der dänischen Seemacht bereit zu stellen. Die Königin erklärte sofort mit großer Energie: daß sie niemals ihre Zustimmung dazu geben werde, für Dänemark, zum Nachtheil der Herzogthümer, gegen Deutschland Krieg zu führen, und von dieser Erklärung an, deren Ernst um so weniger bezweifelt werden konnte, als gleichzeitig die Krone mit hervorragenden Mitgliedern der Friedenspartei Verhandlungen eingeleitet hatte, um eventuell nach Auflösung des Parlaments ein neues Kabinet zu bilden, an welchem sich zu betheiligen von den Mitgliedern der gegenwärtigen Verwaltung die HH. Gladstone und Milner Gibson bereits zugesagt, datirt das Einlenken des englischen auswärtigen Amts, dessen Chef noch am Abend des 17. Mai den dänischen Bevollmächtigten Eröffnungen machte, welche sich von der bisherigen trotzbestärkenden und aufreizenden Sprache wesentlich unterschieden. Vielleicht, daß unter dem Eindruck der so veränderten Politik sich auch die Beziehungen Englands zu Oesterreich, die durch die entschiedene Böswilligkeit, mit welcher England, trotz alles Entgegenkommens von Wien aus, der letzten österreichischen Kreditoperation gegenübertrat, sichtlich erkaltet waren, wieder freundlicher gestalten."

Schweiz.

Baselland. Bei der Volksabstimmung vom letzten Sonntag kam kein Resultat heraus, weil nur 4771 Bürger ihre Stimmen abgaben und die Verfassung die Anwesenheit mindestens der Hälfte aller Stimmfähigen (5264) verlangt. In 17 oppositionellen Gemeinden wurde gar keine Abstimmung angeordnet.

Bern, 1. Juni. (W. T.-B.) Die Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses und die Vertheilung von Waffen an ihr ergebene Gemeinden von Seite der basellandschaftlichen Regierung hat eine bedenkliche Aufregung im Kanton Baselland hervorgerufen. Der Bundesrath sandte seinen Vizepräsidenten Schenk als außerordentlichen Kommissär ab.

Frankreich.

♁ **Paris,** 1. Juni. Dem Vernehmen nach ist Fürst Kusa aufgefordert worden, sich nach Konstantinopel zu begeben und dort über die neuesten vertragswidrigen Vorfälle Aufklärungen zu liefern. In hiesigen offiziellen Kreisen scheint man überzeugt zu sein, daß derselbe dieser Aufforderung nicht nachkommen wird. — Die vom gestrigen „Abend-Moniteur" gebrachte Mittheilung, daß General v. Gablenz Vorbereitungen treffe, sich auf Rendsburg zurückzuziehen, ging nicht in den „Morgen-Moniteur" über; doch genügte diese Mittheilung gestern Abend auf dem Boulevard, die Kurse zu treiben. Man wollte vielleicht weiter nichts. — Die Nachrichten aus Algier sind keineswegs beruhigend; die Division Bourbaki hat nun wirklich Marschbefehl erhalten. — Der bekannte Feuilletonist und Theaterkritiker des „Constitutionnel", der „France" und des „Moniteur" (Rovray), Hr. Pier Angelo Fiorentino della Rovere, ist gestern Morgen plötzlich gestorben; nach Sonntag hatte er im „Moniteur" einen Bericht über Halevy's „Blitz" erstattet. Fiorentino ist auch der Verfasser einer Uebersetzung der Divina Comedia, für welche er das Ritterkreuz der Ehrenlegion erhielt. Fiorentino, welcher ohne Schuhe an den Füßen nach Paris gekommen war, hinterläßt ein ziemlich bedeutendes Vermögen. — Heute Abend

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

geben im Grand hôtel die japanesischen Gesandten ein großes Diner, zu welchem sämmtliche Minister eingeladen sind. — Dem Vernehmen nach sollen künftig die Mitglieder des kaiserl. Geheimen Raths allen Ministerberathungen anwohnen. — Der „Abend-Moniteur" warnt die französischen Exportanten vor den Betrügereien angeblicher Kaufleute zu Stettin, welche bereits für mehr als ½ Mill. Franken Waaren zu erschwindeln wußten, indem sie sich auf die besten preußischen Häuser berufen, in der nur zu begründeten Voraussetzung, daß man es meist unterlassen werde, Erkundigungen einzuziehen. — Die Liquidation fand heute zu besseren Preisen statt, als man allgemein erwartete. Ital. Anleihe gab das Signal zum Aufschwung, indem sie von 69.10 auf 69.60 stieg; Rente folgte auf 66.80; Cred. Mob. auf 1150. Als jedoch die Consols mit ⅛ Baisse kamen und dagegen die Reports stiegen, wich Rente auf 66.65, Mob. auf 1137, ital. Anl. auf 69.45 zurück.

Spanien.

* **Madrid**, 31. Mai. Heute hat die Versteigerung der amortisirbaren Schulden stattgefunden. Die Regierung hat 51/50 für die erste innere, 38/75 für die zweite innere, 29 für die äußere geboten. Die Gebote von Privatleuten waren für die erste 47/88 bis 50/90; für die zweite 28/30 bis 29/25; für die äußere 31 bis 35.

Das progressistische Komitee hat beschlossen, an einer Reorganisation der Partei zu arbeiten, ohne sich an die Zwistigkeit zu kehren, welche sich zwischen Marschall Espartero und Hrn. Olozaga aufgeworfen hat.

Portugal.

* **Lissabon**, 31. Mai. Es geht das Gerücht, daß man eine neue Anleihe von 50 Millionen zu machen beabsichtige.

Belgien.

Brüssel, 31. Mai. (Fr. J.) Die so lange erwarteten Debatten über die Ministerkrisis wurden endlich heute bei überfüllten Hause in der Zweiten Kammer eröffnet. Mit wenigen Ausnahmen sind fast alle Deputirten auf ihren Bänken. Nach den die Geduld Aller sehr erschöpfenden Präliminarien nahm endlich der Minister der auswärtigen Angelegenheiten das Wort und erzählte kurz und einfach, wie nach den zuletzt gescheiterten Versuchen des Königs, sich mit Hrn. Deschamps zu verständigen, der König schriftlich sich an das gegenwärtige Kabinet gewandt, damit dasselbe seine Entlassung wieder zurückziehe. Dies sei denn auch geschehen, nachdem die Krone dem liberalen Ministerium seine loyale Mitwirkung zugesagt und eventuellen Falls das Auflösungsrecht bewilligt habe. Hierauf erhebt sich der Exminister Hr. Deschamps und hält eine lange Rede, deren kurzer Sinn sich dahin zusammenfassen läßt, das gegenwärtige Kabinet sei allein Schuld an dem Scheitern der katholischen Verwaltung; es habe den König von der Unmöglichkeit jedes andern Ministeriums überzeugt, um sich unentbehrlich zu machen. Allerdings habe die Krone den Art. 2 seines Programms, die Herabsetzung des Wahlzensus für die Provinzial- und Gemeinderaths-Wahlen, als den streitigen Punkt bezeichnet, weßhalb keine Einigung möglich; doch sei dies nur eine reine Ausflucht. Das Ministerium habe Furcht und Angst vor dem noch mehr gemäßigten als liberalen katholischen Programm, und darum hätte es auf jede mögliche Weise den Katholiken den Regierungsantritt verrammelt. „Uebrigens", schloß Hr. Deschamps, „ist es jetzt weniger an uns, der Kammer und dem Lande zu sagen, warum wir nicht auf der Ministerbank sind. Sie, meine Herren (zu den Ministern gewandt), Sie haben sich zu rechtfertigen, warum Sie noch jene Sitze einnehmen." Hr. Rogier replizirt hierauf lebhaft und glücklich. „Ich und meine Kollegen — sagte er — wir übernehmen die volle Verantwortlichkeit der Weigerung der Krone. Ihr angebliches Programm war kein ernstes; es war nur eine liberale Maske. Wie konnte der König sich dazu verstehen, von einer Partei Reformen, die sie stets bekämpft, urplötzlich anzunehmen, deren Nothwendigkeit nirgends, weder in der Kammer noch in der Presse, nur berathen worden ist?" (Morgen Fortsetzung der Debatte.)

Dänemark.

* **Jütland.** In einem Briefe aus Hjörring vom 23. d. spricht der Spezialkorrespondent des Londoner „Daily Telegraph", welcher eine Reise durch den südlichen, von den Preußen besetzten Theil Jütlands gemacht hat, über die Anschuldigungen, welche in Dänemark gegen die preußischen Truppen und deren angebliche Vertragsbrüche erhoben werden. Wir entnehmen diesem Schreiben einen kurzen Auszug.

Ich habe durchaus keine Lust, das Benehmen der Preußen zu beschönigen. Es ist meiner Ansicht nach ein ungeheuerliches Unrecht, daß sie überhaupt in Jütland sind; und die Bedingungen des Waffenstillstandes, sofern sie Jütland betreffen, dünken mich grausam und über das Maß hinausgehend. Aber Das mag man in England besser beurtheilen können; was ich hierin zu thun habe, ist nur zu erforschen, wie weit die Preußen die Bestimmungen der abgeschlossenen Uebereinkunft verletzt haben. Die „Berling. Ztg." bringt in ihrer französischen Wochenschau eine Zusammenstellung der Klagen, welche Dänemark gegen das Verhalten der Preußen in Jütland zu führen habe, und in einem offiziellen Blatt erscheinend, mag diese Zusammenstellung leicht als zuverlässig angesehen werden. Die Beschwerden sind folgende: „Ungeachtet der Bestimmung, daß die innere Verwaltung des Landes nicht beeinträchtigt werden solle, hat man nur zu zwei oder drei Häfen freien Zugang gestattet; die Telegraphen sind zum Theil zerstört worden; den Bewohnern von Jütland wird nicht erlaubt, ihre nationale Fahne auszuhängen. Zweitens sind seit dem Abschluß des Waffenstillstandes Kontributionen erhoben und Zahlung für gelieferte Waaren ist nicht baar geleistet worden. Und letztlich haben die Preußen neue Positionen okkupirt." Was diese Punkte betrifft, so weiß ich aus persönlicher Erfahrung, daß in 4 Häfen — Aarhuus, Randers, Hobroe und Aalborg — dänische Fahrzeuge unbehindert ein- und ausliefen. Ich füge hinzu, daß ich allein das Land durchreist habe, bald mit der gewöhnlichen, bald mit Extrapost, ohne jemals mit einer einzigen Frage belästigt zu werden; in einem Gasthofe nur bat mich der Wirth, meinen Namen einzuschreiben. Offen gesagt, ich hätte in England selbst nicht ungehinderter und freier reisen können. Wohin ich auch kam auf meinem Wege, etwa 200 Meilen Landstraße, die Telegraphendrähte waren überall in bester Ordnung. Den Dannebrog auszuhängen, haben die preußischen Kommandanten in den Städten freilich verboten, aus dem Grunde, weil es während der Anwesenheit fremdländischer Truppen leicht zu Streitigkeiten zwischen den Soldaten und den Bürgern Anlaß geben könnte. In allen Häfen aber flaggte der Dannebrog von den Masten der den Quai entlang liegenden Fahrzeuge. Die Preußen halten sich für berechtigt, die vor dem Abschluß der Waffenruhe ausgeschriebenen Kontributionen einzutreiben. Daß diese Auslegung der Bedingungen eine nichts weniger als liberale ist, liegt auf der Hand; nicht so gewiß aber ist es, daß sie nicht dem Wortlaut gemäß sich vertheidigen ließe. Die Preußen haben aber jetzt angefangen, überall in klingender Münze zu bezahlen, und ihre Entschuldigung, daß sie es früher nicht gethan haben, besteht in dem anfänglichen Mangel an angemessenen Instruktionen sowohl, wie an sofort disponibeln Fonds. Ob die Preußen wirklich neue Positionen okkupirt haben, ist mir nicht gelungen, in Erfahrung zu bringen. Ich fühle es als meine Pflicht, hinzuzufügen, daß in allen Häusern, die ich besucht habe, das Benehmen der preußischen Soldaten im höchsten Grade anständig und ordentlich war, und daß jeder Jütländer, mit dem ich mich unterhalten habe, wie bitter auch sein Haß gegen die feindlichen Eindringlinge, doch über das persönliche Verhalten der Soldaten nicht die leiseste Klage vorbrachte. In Summa, wenn ich nach meiner eigenen Ansicht gefragt würde, so würde ich erwiedern, daß die Dänen — abgesehen von der Thatsache der Okkupation — keinen rechten Grund zu Beschwerden haben. Ich habe in meinem Leben französische, österreichische, russische und amerikanische Armeen im Besitz fremder Städte gesehen, und ich behaupte mit Zuversicht, daß, dagegen verglichen, die jütischen Städte sich wahrer Freiheit erfreuen. Die wirkliche Klage ist die, daß der Fremde im Land schaltet, und dieses Uebel theilen die Jütländer jetzt mit den Polen und Venetiern. In den untergeordneteren Umständen aber kann von der Zulässigkeit eines solchen Vergleichs gar keine Rede mehr sein.

Rußland und Polen.

Warschau, 29. Mai. (Nat.-Ztg.) Die Aufhebung der Klöster im Königreich Polen soll nunmehr eine beschlossene Sache sein und in nächster Zeit schon zur Ausführung kommen. Ebenso wie bei den Bauernukasen werden auch hier Offiziere mit der Ausführung beauftragt sein, die freilich dazu am allerwenigsten geeignet sind. Von der Durchführung der Bauernukase laufen noch immer die schlimmsten Nachrichten ein. Aus dem Umstand, daß Murawieff nach Wilna zurückkehrt, ist wohl hinreichend zu ersehen, daß eine Aenderung des seit einem Jahr eingeschlagenen Systems nicht zu erwarten ist, und darf es als ein weiterer Beweis hiervon dienen, daß Miliutin zwar nicht mehr hieher zurückkommt, dafür aber in St. Petersburg Minister des Innern wird. Trepoff's Vorstellungen in St. Petersburg haben wenig Beachtung gefunden, und nach wie vor ist die Landesverwaltung in jeder Beziehung von den mit ausgedehnten Vollmachten versehenen Regulirungskommissionen paralysirt. Indessen ist doch wenigstens nach Trepoff's Anwesenheit in St. Petersburg dem leitenden Regulirungskomitee die Weisung zugegangen: nicht alle willkürliche Ansprüche der Bauern zu erfüllen. Diese Weisungen bestehen darin, daß erstens alle diejenigen Bauern, welche bis jetzt keine besondere Wirthschaften hatten, keine Ansprüche auf Grundstücke haben, und daß zweitens die Gutsbesitzer die bäuerischen Enklaven in andere umtauschen können, so daß sie den Chikanen der jetzt so anspruchsvollen Bauern nicht zu sehr ausgesetzt werden. — Vorgestern ist wiederum ein Transport von 300 Deportirten mit der Eisenbahn abgegangen, unter denen auch diesmal mehrere Personen in Ketten und viele Frauen waren. — Die seit 2 Wochen in dem Gouvernement Radom ausgeführten zahlreichen kriegsgerichtlichen Hinrichtungen werden von Amts wegen gar nicht mehr berichtet, und da die nichtoffizielle Presse von inländischen Sachen nur Das melden kann, was sie dem offiziellen „Dziennik" entnimmt, so kennt man die Hinrichtungen nur von mündlichen Erzählungen. Kein Wunder, daß die Zahl übertrieben und bis auf 100 angegeben wird. Thatsächlich dürfte sie an 30 betragen.

Neueste Levantepost.

* **Marseille**, 1. Juni. Briefe aus Konstantinopel vom 25. Mai sagen, daß Sir Bulwer der Konferenz vorgeschlagen hat, eine gemischte Kommission zu ernennen für die Verwaltung der moldauisch-walachischen Klöster, bis die Frage wegen des Eigenthums gelöst worden sei. Der französische Gesandte wäre diesem Vorschlag beigetreten, der alsdann angenommen worden sein soll. Die Konferenz wird ungeachtet der letzten Ereignisse in Bucharest ihre Arbeiten fortsetzen. — Fuad-Pascha bereitet ein Gleichgewichtsbudget vor.

Großbritannien.

* **London**, 31. Mai. Die Ungeheuerlichkeit des Verlangens, daß weder in Kiel noch in Rendsburg Befestigungswerke sollten angelegt werden dürfen, scheint man selbst in England theilweise zu fühlen. So sagt z. B. die „Tirnes" heute u. A.:

Die Aufnahme, die der Vorschlag bei den Vertretern der Kriegführenden fand, konnte die Neutralen kaum aufmuntern, sich über die Einzelheiten zu verbreiten. Wir fürchten, daß weder Dänemark einerseits noch Oesterreich und Preußen anderseits Grund zur Hoffnung gaben, daß sie den wohlgemeinten Vorschlag, der die Sanktion Englands erhalten hat, mit Gunst betrachten. Die Deutschen hörten vielleicht mit Argwohn den Wunsch aussprechen, daß sie ihren Plan einer Festung an der Eider und einer Befestigung Kiels aufgeben sollen. Diese am Samstag gemachten Vorschläge gehörten mit zu dem Plan einer Theilung Schleswigs. Wir können nicht sagen, was die Neutralen mit diesen Vorschlägen bezwecken. Wenn Südschleswig zu Deutschland kommt, so wird doch, wie uns scheint, die Eider ein rein deutscher Fluß, und das Recht des Bundes, eine Festung daran zu haben, kann vom Ausland kaum bestritten werden. Eben so wenig kann man die Befestigung Kiels als einen Plan ansehen, der den Verdacht des Auslandes erregen sollte oder dasselbe zur Forderung berechtigt, daß Deutschland auf das Projekt verzichte. Kiel ist der beste Hafen, den Deutschland in der Ostsee besitzen würde. Es ist der Hafen, der das Hauptquartier einer nationalen Flotte werden würde, wenn je eine solche ins Leben treten sollte. Jahre lang wurde es zu diesem einen Zwecke von Deutschland ersehnt und begehrt, und wenn es in ihren Besitz gelangte und eine Station für künftige Fregatten oder Dampfer würde, so würden die Deutschen natürlich eben so sehr wünschen, den Platz gegen Angriffe zu sichern, wie uns dies mit Bezug auf Portsmouth am Herzen liegt. Sie dürften dann wohl denken, daß von ihrer Flotte ihre ganze Macht in der Ostsee abhängt, und daß diese Flotte nicht in Sicherheit sei, wenn sie nicht die Mittel haben, ihren Haupthafen gegen einen Angriff der englischen oder russischen Flotte zu schützen. Aber ob nun diese Dinge auf die Vertreter der Kriegführenden Einfluß hatten, oder ob der Vorschlag, einen Theil Schleswigs in dänischem Besitz zu lassen, an sich unzulässig schien, die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens machten sich blos anheischig, ihn ihren respektiven Regierungen zu übermitteln.

Die „Times" befleißigt sich jetzt überhaupt den deutschen Mächten gegenüber eines anständigen Tons (was als Zeichen, daß sie an die Solidität der deutschen Erfolge glaubt, von Bedeutung scheint), und selbst vom „Prätendenten" spricht sie mit ausgezeichneter Hochachtung.

Der Prinz von Augustenburg — sagt sie — hat, seit der dänische Streit ernst wurde, eine hinlänglich politische Rolle gespielt. . . Er erntet jetzt die Früchte seiner Klugheit. Und zu seinen Erbansprüchen auf die Gunst der Einwohner kommt jetzt die Unterstützung der zwei siegreichen Gegner Dänemarks.

Am Schluß bemerkt die „Times":

Es ist somit dies Eine gewonnen, daß jede Partei ihren Vorschlag gemacht hat oder zu machen im Begriff ist, und die Kriegführenden auf beiden Theilen werden wahrscheinlich mehr verlangen, als sie zu erlangen erwarten. Wir für unser Theil können nichts Besseres sehen, als einen Kompromiß der Art, wie ihn die englische Regierung in Vorschlag gebracht hat. . . Es kann für den dänischen Hof keine Schande sein, diesen Ausgleich anzunehmen; noch kann anderseits der deutsche Theil Schleswigs sich nicht beklagen, wenn es einer Anzahl Dänen vergönnt bleibt, innerhalb der Monarchie zu bleiben, in der sie geboren und erzogen sind. Wenn Preußen und Oesterreich diesem Projekt ihre Zustimmung geben, so wird der Widerstand Dänemarks wahrscheinlich überwunden werden; aber sollten sie hartnäckig bleiben und auch den dänischen Theil Schleswigs im Namen des Erbrechts für den Prinzen von Augustenburg verlangen, so kann ein Kampf wieder ausbrechen, der dem Frieden Europa's bald gefährlich werden würde.

„Daily News" hat, wie es scheint, gestern den Vermittlungsvorschlag Earl Russell's noch nicht näher gekannt. Heute, da sie darüber dieselbe Information wie alle Welt besitzt, macht sie eine sehr betrübte Miene. Als Ergebniß einer direkten Unterhandlung zwischen den kriegführenden Mächten, als Folge eines unglücklichen Krieges könnte eine solche Lösung — meint sie — Anspruch auf Achtung haben. Aber daß dieselbe Macht, die von Anfang an den Mentor Dänemarks gespielt hat, jetzt nicht nur seine Zerstückelung gutheiße, sondern selbst in Vorschlag bringe, sei ein lehrreicher Kommentar zu der Prätension Englands, die Angelegenheiten der Welt zu regeln. Noch vor 3 Monaten würde jeder Engländer den Gedanken, daß solch ein Ausgang möglich sei, mit gerechtem Unwillen zurückgewiesen haben. Es sei Grund, zu fürchten, daß die Folge davon für England ein mehr als zeitweiliger Verlust an Würde, Stellung und Macht sein werde.

Amerika.

* **Neu-York**, 18. Mai. (Mit der „City of York".) Grant meldet, daß die Wege besser sind. Die Armee in Virginien hat bedeutende Verstärkung erhalten; sie schickt sich an, vorwärts zu gehen. Der Minister Stanton hat erklärt, daß die Absicht der Regierung sei, die nationale Truppenmacht aufrecht zu erhalten, bis die Insurrektion vertilgt worden sei, und daß die Konskription, um die in der Armee verursachten Lücken auszufüllen, am 1. Juli stattfinden werde.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 2. Juni. 53. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig; der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; Ministerialrath v. Dusch; Major Schuberg.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Vier gleichlautende Bitten der Gemeinden Oberharmersbach, Unterharmersbach, Zell a. H. und Nordrach, die Kinzigthal-Bodensee-Eisenbahn betr.; übergeben vom Abg. Kimmig.

2) Bitte der Schiffergenossenschaft in Eberbach um Ablehnung des mit Württemberg abgeschlossenen Staatsvertrags über die Odenwaldbahn; übergeben vom Abg. Schaaff.

3) Bitte der Fabrikanten und Handelsleute von Villingen, die Errichtung einer Notenbank betr.; übergeben vom Abg. Kirsner.

4) Bitte der Gemeinde Renchen, die Straße von Oberkirch nach Renchen betr.; übergeben vom Abg. Kimmig.

5) Bitte der Gemeinden Gütenbach, Triberg um Einführung der Schulreform; übergeben vom Abg. Gerwig.

6) Bitte der Gemeinde Aglasterhausen und Schwarzach in gleichem Betreff; übergeben vom Abg. Fröhlich.

Abg. Friderich zeigt den druckfertigen Bericht über das Post- und Eisenbahn-Budget an.

Die Tagesordnung führt zu dem vom Abg. Meyr erstatteten Bericht über den Gesetzentwurf, die Einführung eines provisorischen Festungsreglements und Baurayon-Regulativs für die Bundesfestung Rastatt.

Wir haben unsern Lesern in der vorigen Nummer der Zeitung die einleitenden Bemerkungen des Kommissionsberichts mitgetheilt.

Die Kommission gelangt zu dem Antrag der unveränderten und vorbehaltlosen Annahme des Reglements. Sie würde, wenn zu der Ueberzeugung, daß die einzelnen Bestimmungen nichts Anderes als unvermeidliche Konsequenzen der vollendeten Erbauung der Festung darstellen, keine weitere, die Annahme des Gesetzes empfehlende Gründe treten würden, die ständische Zustimmung beantragen. Sie wird aber zu diesem Vorschlag noch durch die drei weiteren Motive geleitet: 1) Daß die Modifikation einzelner Paragraphen mit einer Unzuträglichkeit verknüpft ist. 2) Daß durch das Reglement — vorher nicht in gleicher Weise vorhanden gewesene — Entschädigungsansprüche geschaffen werden. 3) Daß die meisten nach Einführung des Reglements den Bürger betreffenden Nachtheile solche sind, welche

auch im Falle der Verwerfung des Entwurfs fortbestehen — daß andererseits die gesetzliche Begrenzung der Militärbefugnisse insofern einen höhern Grad der bürgerlichen Sicherheit bedingt, als die Ueberschreitung auch dieser gesetzlich festgestellten Grenzen leichter — als bisherige Nichtbeachtung der durch bloßes Gewohnheitsrecht oder Verordnungen gegebenen Schranken — abbestellbar ist.

Berichterstatter Meyr theilt zunächst mit, daß eine von den Kommissionsmitgliedern unlängst an Ort und Stelle vorgenommene Besichtigung die lebhafte Ueberzeugung erweckt habe, daß nach Einführung der weittragenden gezogenen Geschütze die projektirte Erbauung der fünf detachirten Forts zur Sicherheit der Gebäude Rastatts eine Nothwendigkeit sei.

Die Kommission wolle diese Bemerkung nur machen, damit für die in den Bezirk dieser Forts fallenden Dörfer vom Bund dereinst günstigere Bedingungen als für Rastatt zu erlangen erstrebt werde.

Abg. de Haan bemerkt, daß die Bewohner von Rastatt sich weniger durch das vorliegende, schon 14 Jahre faktisch in Wirksamkeit getretene Reglement beschwert fühlten, als durch das Fehlen einer Entschädigungsanerkennung in dem Gesetzentwurf für den außerordentlichen Schaden, der ihnen durch Ausführung des Regulativs zugeht.

Die schlimmste Folge der Ausführung des Regulativs war das Verschwinden allen Kredits auf Häuser, und dadurch deren Entwerthung. Es zogen die hiesigen Staatsanstalten ihre Kapitalien zurück; ja die Furcht vor den Folgen einer Belagerung ließ sogar in neuester Zeit den Kredit auf Aecker und Wiesen im Gemeindebann beschränken.

In anderer Beziehung schadeten die Festungsverhältnisse eben so sehr. Alle höhern Staatsstellen sind aus Rastatt zurückgezogen, und in der jüngsten Zeit wurde trotz dringender Bitten der Gemeinde das Kreisamt nicht nach Rastatt, sondern nach dem minder gut gelegenen Baden bestimmt. Das Schloß ist leer von allen früher darin enthaltenen Sehenswürdigkeiten. Alles, weil Rastatt eine Festung. Die Unannehmlichkeiten sind aber so groß, daß Jeder, der nicht in Rastatt wohnen muß, und dessen Mittel es erlauben, an einen andern Ort zieht; sie werden auch nicht etwa durch finanzielle Vortheile aufgewogen.

Kantinen und Militär-Handwerker schmälern noch den gewöhnlichen bürgerlichen Verdienst. Die umsichtigen und fleißigen Geschäftsleute in Rastatt können hiergegen nicht aufkommen.

Das Verhältniß der Steuerpflichtigen gegen einander liefert auch leider den Gegenbeweis. Von 800 Bürgern bilden 42 die 1. Klasse, 81 die 2. Klasse und über 600 die 3. Klasse.

Ferner: Die Gemeinde nimmt jährlich an Acker- und Wiesenpacht 30,000 fl. ein, davon werden für Arme 20- bis 23,000 fl. verausgabt. Die Gemeinde zahlt als Folge der großen Armenlast Umlage und Octroi! Statt finanzieller Vortheile hat die Gemeinde ungewöhnlich wachsende Armenlast.

In sittlicher Beziehung will Redner nur bemerken, daß eine Zivilbevölkerung von 7000 Seelen einer Friedensbesatzung von 6000 Mann gegenübersteht.

Alle diese Uebel lassen sich nicht entfernen — aber dem Hauptmißstand der Kreditlosigkeit könne durch ein Gesetz, wie es die Kommission vorschlägt, gesteuert werden.

Durch das vorliegende Gesetz werden der Gemeinde Dienstbarkeiten auferlegt, und dafür hat sie auch das Recht, einer Entschädigung entgegen zu sehen.

Rastatt kann in dieser Beziehung nicht neben Mainz, Luxemburg oder Landau gestellt werden, denn dieses waren zuerst Festungen, die Stadt bildete sich erst nachher — Rastatt war zuerst Stadt und wurde ohne Zuthun ihrer Bewohner jetzt erst Festung.

Redner schließt: Die Bewohner Rastatts erwarten in bangen Sorgen Ihren heutigen Beschluß.

Ich ersuche Sie, den sämmtlichen Anträgen Ihrer Kommission zuzustimmen, indem ich unterstelle, daß die großh. Regierung noch auf diesem Landtag das gewünschte Gesetz vorlege.

Abg. Roßhirt empfiehlt die Kommissionsanträge, bespricht dann die Kompetenzfrage, und weist bezüglich einzelner Punkte auf die französische Gesetzgebung hin.

Abg. Beck ergeht sich in tadelnder Weise über den Bund, dem die Hemmung des Verkehrs, die Stereotypirung des Rastatter Lebens zur Last falle. Was in Frankreich Rechtens sei, gehe uns nichts an; unsere Juristen, meint Redner, sollten sich mehr um deutsches, als um französisches Recht bekümmern.

Abg. Pagenstecher empfiehlt die Kommissionsanträge besonders den bezüglich der Entschädigung.

Allerdings wäre es Pflicht des Bundes, für die Entschädigung zu sorgen, da Rastatt nicht für Baden, sondern für ganz Deutschland die Vormauer bildet.

Abg. Walli spricht einige Bedenken aus. Die Gewalt des Festungsgouvernements gehe so weit, daß nicht allein das Landesrecht, sondern auch die Verfassung dadurch abgeändert werde. Indem wir daher dem Reglement zustimmen, machen wir ein Gesetz, wodurch die Verfassung abgeändert wird.

Abg. Schaaff geht näher auf die Entwicklungsgeschichte des Rastatter Festungsbaues ein und wünscht schließlich, daß die Kommissionsanträge im Interesse der Hebung des Kredits angenommen werden.

Abg. Prestinari wünscht eine Auskunft darüber, warum der, eine Entschädigung auf Kosten der Gesammtheit festsetzende §. 91 des Entwurfs eines Bundes-Verpflegsreglements aus dem Jahr 1859 hier weggeblieben sei.

Staatsrath Lamey: Die Festung Rastatt ward unter Zustimmung des ganzen Landes gebaut; wir müssen daher auch die Folgen tragen, die unvermeidlich damit verbunden sind.

Was die Bemerkungen des Abg. Walli betrifft, so fließen die betreffenden Bestimmungen aus der Militärverfassung des Bundes.

Wenn Bundeskrieg eintritt, so sind wir in der Lage, so viel als nothwendig ist zu Erreichung des allgemeinen Bundeszweckes beizutragen; die einzelnen Staaten müssen sich daher dem Allgemeinen unterordnen.

Es ist verfassungsmäßig, daß im Kriegsfall der Bund mehr Rechte in Anspruch zu nehmen hat, als der einzelne Souverän. Dem Abg. Prestinari müsse er darin gegen den Abg. Beck beistimmen, daß der Bund nicht Schuld sei an den Nachtheilen, die Rastatt betroffen. Wir in Baden waren nicht die Letzten, die damals einen Schutz für den Oberrhein forderten. Keine That des Patriotismus bleibt ohne Opfer; man dürfe daher, wenn die Opfer gefordert werden, nicht daran mäkeln, daß früher die patriotische That geschehen. Erst nachdem die Vortheile eingezogen waren, die mit dem Bau der Festung verbunden waren, hat man an die Nachtheile gedacht und hat jetzt blos noch diese im Auge.

Wenn man fragt, warum der ursprünglich aufgenommene §. 91 des Verpflegungsreglements, der eine Entschädigung für die Häuserbesitzer Rastatts festsetzt, jetzt weggelassen sei, so ist diese Bestimmung eben in der Bundesversammlung nicht beliebt worden, weil sie lediglich im Interesse Badens war, und zur Folge gehabt hätte, daß man den Territorialfestungen die gleichen Vortheile wie den Bundesfestungen einräumen müßte.

Die grelle Schilderung des gesunkenen Häuserwerths in Rastatt habe ihn frappirt; er werde daraus Anlaß nehmen, statistische Erhebungen zu veranlassen.

Uebrigens sei ins Auge zu fassen, daß auch für andere Orte, z. B. gerade die Umgebung der Festung, die Nachtheile einer Belagerung eintreten.

Die Regierung würde übrigens nicht abgeneigt sein, Rastatt zur Hebung des Kredits behilflich zu sein.

Der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig, weist darauf hin, daß die projektirte Anlage der detachirten Forts Rastatt einen weitern Schutz gewähren werde. Was das Verhältniß des Gouverneurs betrifft, so ist derselbe für den Fall einer Belagerung, wo es gar nicht möglich ist, mit dem Souverän des Landes zu korrespondiren, auf sich allein angewiesen, und es liegt in der Natur der Sache, daß er diese verantwortliche Stellung haben muß.

Abg. Schaaff entgegnet auf einige Bemerkungen der Vorredner, ebenso de Haan, welcher den Schutz, der der Stadt Rastatt dadurch zu Theil wird, daß der Gouverneur vom Großherzog ernannt wird, hervorhebt. Die Bewohner gewahren diesen Schutz in der That täglich, was sie dankend anerkennen. Redner gedenkt dabei eben so gerne des verstorbenen Generals v. Gayling, der während der Kriegsbedrohung 1859 die Interessen der Bürgerschaft wohlwollend schützte. Die Stadt Rastatt wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Abg. Knies: Die Ueberzeugung, daß der Zustand, wie er durch den Entwurf geschaffen wird, ein besserer als der bisherige ist, veranlasse ihn, für denselben zu stimmen.

Was die detachirten Forts betrifft, so wird dadurch die Beschädigung der Festung nicht verhindert, sondern nur hinausgeschoben; schließlich fällt nach unserer neuen Kriegführung jede Festung.

Abg. Beck entgegnet auf Einzelnes und weist auf die Nachtheile hin, welche die Bewohner Niederbühls in ihrer weit berühmten Meerrettigkultur erlitten hätten.

Staatsrath Lamey entgegnet dem Abg. Knies, daß durch die detachirten Forts die schließliche Einnahme der Festung allerdings nicht verhindert, aber doch weniger wahrscheinlich gemacht werde, da bei der nothwendigen längern Zeit ein Ersatz der Festung eintreten könne.

Nach einigen Bemerkungen des Berichterstatters Meyr geht die Kammer zu der Berathung des Gesetzes selbst über, welches aus einem einzigen Artikel besteht, der verfügt, daß die Bestimmungen des von der Bundesversammlung beschlossenen Reglements, welche eine Abänderung der Landesgesetzgebung enthalten, durch die Verkündigung Gesetzkraft im Großherzogthum erhalten.

Der Präsident setzt die einzelnen Hauptabschnitte des Reglements zur Diskussion aus. Dieselben werden nach einzelnen kurzen Bemerkungen genehmigt, ebenso das Baurayon-Regulativ.

Bezüglich der Petitionen der Gemeinden Rastatt und Niederbühl beantragt die Kommission, die hohe Kammer wolle den Wunsch zu Protokoll erklären: Die hohe Regierung möge, wenn thunlich, noch diesem Landtag ein Gesetz, wodurch den Besitzern der im Rayon der Festung gelegenen Häuser für den Fall einer Belagerung eine billige Entschädigung zugesagt wird, vorlegen; es wolle der Inhalt des vorzulegenden Gesetzes wo möglich mit den Grundzügen, welche die Kommission in dem Bericht entwickelt, in Uebereinstimmung gesetzt werden.

Abg. Kusel schlägt statt dessen vor, die Petitionen mit dringender Empfehlung der großh. Staatsregierung zu überweisen, welcher Antrag fast einstimmig angenommen wird.

Bei der namentlichen Abstimmung über das ganze Gesetz wird dasselbe mit allen gegen die Stimme des Abg. de Haan angenommen.

Schließlich wird noch auf Antrag des Abg. Beck der Wunsch zu Protokoll erklärt, die großh. Regierung möge bei der am Bunde bevorstehenden Berathung eines definitiven Festungsreglements darauf hinwirken, daß der §. 91 des Entwurfs eines Bundes-Verpflegsreglements aus dem Jahr 1859 aufgenommen werde, welcher lautet:

„Zu Gunsten der Bundesfestungen, sowie auch der einzelnen Landesfestungen soll in billiger Berücksichtigung, daß sie die ständige Bestimmung haben, das Bundesgebiet gegen feindliche Gewalt zu schützen, von den in §§. 89 und 90 aufgestellten Grundsätzen insofern eine Ausnahme stattfinden, daß für die während der feindlichen Belagerung eintretenden Beschädigungen an Gebäuden oder Grundstücken, sie mögen sich durch die Vertheidigung oder den feindlichen Angriff ergeben, auf Kosten der Gesammtheit eine billige Entschädigung geleistet wird, soweit nicht Rayongesetze und ausgestellte Reverse eine solche ausschließen. Die Entschädigung wird durch Sachverständige, die vom Bunde und der Landesregierung ernannt werden, ermittelt und kann bei Gebäuden niemals den Betrag der Feuerversicherung überschreiten. In allen Fällen entscheidet die Bundesversammlung über die Größe der zu gewährenden Entschädigung."

Schluß der Sitzung.

†† Karlsruhe, 2. Juni. 54. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 6. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das außerordentliche Budget des großh. Handelsministeriums für 1864 und 1865; erstattet von dem Abg. Röder.

Vermischte Nachrichten.

— Herrischried, Ende Mai. Verflossenen Pfingstsonntag fand dahier eine höchst seltene, erhebende Feier statt, die sich durch die allgemeine Theilnahme der Bevölkerung aus der weiten Umgegend zu einem wahren Volksfest gestaltete. Es feierten nämlich zwei Ehepaare aus dem Kirchspiel Herrischried an diesem Tage ihre goldene Hochzeit, eine Feier, die in diesem Kirchspiel zum ersten Male stattfand. Nach der kirchlichen Handlung sammelten sich die Jubelpaare und die zahlreiche Volksmenge auf dem Platze bei der Linde vor der Kirche, und es überreichte daselbst, für den durch amtliche Geschäfte verhinderten Amtsvorstand, Bürgermeister Schäuble von Herrischried, nach einer entsprechenden Ansprache jedem der beiden Jubelpaare ein von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog als Zeichen der allerhöchsten Theilnahme an diesem Feste eingetroffenes Gnadengeschenk. Wesentlich gehoben wurde die Festlichkeit durch die Mitwirkung der vor einiger Zeit gebildeten Musikgesellschaft.

— Stuttgart, 31. Mai. In voriger Nacht starb dahier Gen.-Leutnant v. Spitzemberg, geb. 1781. Er war Zögling der Karlsschule und machte die Feldzüge in den Jahren 1805 bis 1814 mit.

— Gotha, 30. Mai. Die hiesige Lebensversicherungs-Bank hat ihren Rechnungsabschluß für 1863 beendigt, welcher wiederum sehr günstige Ergebnisse liefert: einen Zugang von 2000 neuen Versicherungen mit 3,715,600 Thlr. — Beträge, welche noch in keinem der frühern Jahre erzielt wurden —, eine Steigerung der Einnahme an Prämien und Zinsen um 114,522, eine Zunahme des Fonds um 528,535 Thlr. Der gegenseitige Verband dieser Anstalt umfaßt jetzt nicht weniger als 25,381 Mitglieder mit 43,179,900 Thlr. Versicherungssumme; der diesen Mitgliedern gehörige, fast ausschließlich in ersten Hypotheken größerer Landgüter angelegte Fonds ist durch obigen Zuwachs auf 12,034,146 Thlr. gestiegen, und die gesammte Einnahme war im vorigen Jahre 2,038,557 Thlr. Unter dem Fonds sind 2,225,010 Thlr. reine Ueberschüsse begriffen, welche in diesem und den nächsten 4 Jahren als Dividende an die Versicherten mit 37 und resp. 38 Proz. vertheilt werden. Daneben hat die Bank im vorigen Jahre 1,054,000 Thlr. an die Erben von 575 gestorbenen Versicherten vergütet, während seit Begründung derselben bis jetzt 15,274,774 Thlr. an solchen Sterbfall-Vergütungen ausgezahlt worden sind. Die Theilnahme an dieser Anstalt ist in ununterbrochenem Steigen begriffen, und das laufende Jahr verspricht noch eine größere Erweiterung, als diejenige ist, deren sie sich im vorigen Jahr zu erfreuen hatte. Die soliden Grundlagen ihres Rechnungswesens, die Sparsamkeit ihrer Verwaltung, deren gesammte Kosten kaum 4¼ Proz. der Jahreseinnahme ausmachen, die sichere Belegung der Fonds, an denen noch niemals der geringste Verlust entstanden ist, werden sich ihrem fernern Aufschwunge förderlich erweisen, und den Theilnehmern steigende Vortheile gewähren.

— Altona, 30. Mai. (Alt. Mkr.) Dem Vernehmen nach ist heute das gerichtliche Urtheil in der Untersuchung, betreffend den gegen Probst Nievert gerichteten Kirchenskandal, nunmehr erfolgt. Wie man hört, ist der Hauptangeschuldigte, Cigarrenmacher Becker, zu 6 mal 5 Tagen Gefängniß bei Wasser und Brod, und der Klempner A. Meier zu einer Geldstrafe von 15 Mrk. Crt. verurtheilt worden; drei andere Angeschuldigte, Lentsch, Lau und Radenhausen, wurden von der Instanz entbunden, gegen sämmtliche Angeklagte aber auf gemeinsame Tragung der Untersuchungskosten erkannt.

— Danzig, 29. Mai, Dem „Th. W." zufolge interessirt sich die königliche Regierung für die Wiederherstellung der alten deutschen Ortsnamen, welche nach dem Thorner Frieden polonisirt worden.

— Im Jahr 1844 bestand die spanische Flotte aus 47 Schiffen, meistens Segelschiffen, welche 713 Kanonen trugen. Gegenwärtig zählt Spanien 122 Schiffe, welche 1324 Kanonen tragen. Demnach hat sich in 20 Jahren die Seemacht um 75 Schiffe und 611 Kanonen vergrößert.

* Man schreibt dem „Diario de Barcelona" von Saragossa, daß im letzen Winter einem Gutsbesitzer, Hrn. Mendwill, nicht weniger als 1300 10- bis 14jährige Oelbäume erfroren sind.

†† Petroleum als Brennmaterial für die amerikanische Dampfmarine. Nach den letzten Nachrichten von Neu-York ist der Bericht der aus drei Oberingenieuren bestehenden, vom Marineministerium ernannten Kommission erschienen, welche fünf Monate lang sorgfältige Versuche über die Anwendung des Erdöls zur Dampferzeugung für die Schifffahrt angestellt hat. Das Resultat dieser Versuche ist, daß die Anwendung des Erdöls eine große Ersparniß gewähren wird, und zwar nicht blos für Handelsdampfer, weil mit diesem Brennmaterial ein Dampfschiff die See unter Dampf 3 mal so lang, mit weniger Arbeit und größerer Oekonomie halten kann, als mit einem gleichen Gewicht Steinkohlen. Da das Erdöl bei seiner Verbrennung keinen Rauch, sondern bloß einen wässrigen Dunst erzeugt, so fallen überdies die Rauchkamine weg, welche die Dampfschiffe auf weite Entfernung sichtbar machen, und im Gefecht leicht weggeschossen werden können.

✗ Karlsruhe, 2. Juni. Im gegenwärtigen Ausstellungslokale des hiesigen Kunstvereins, dem Kuppelbau des großh. Gewächshauses, ist seit Beginn dieser Woche die Fortsetzung des Cyclus italienischer Landschaften von unserm Landsmanne Bernhard Fries ausgestellt.

Hatte schon die erste, vor 2 Jahren im gleichen Raume gewesene Gruppe dieser Bilder das Interesse der Künstler und Kunstfreunde in hohem Grade wach gerufen, so fesselt uns die Fortsetzung derselben in noch erhöhtem Maße. In den ausgestellten 14 Landschaften finden wir die künstlerische Vollendung und Durchführung — soweit der beabsichtigte dekorative Charakter sie gestattet — und den Adel der Linie in noch höherer Weisung zur Geltung gebracht. Dabei übt das ätherverklärte Wesen italienischer Farbe einen Reiz auf unser Auge aus, wie wir ihn ähnlich nur unter den Arkaden vor den Fresken unseres unsterblichen Rattmann empfunden haben. Vor Allem möchten wir die Bilder „Massa di Carrara", „Tiber bei Rom", „Romiglione", „Golf von Salerno" und „See von Nemi" als solche bezeichnen, die entschieden zum Besten gehören, was die Gegenwart in der Landschaft geleistet hat.

Wir glauben darauf aufmerksam machen zu müssen, daß es uns nur kurze Zeit vergönnt sein wird, die Bilder hier ausgestellt zu sehen.

Kassel, 1. Juni. Bei der heute stattgefundenen Serienziehung der kurhessischen 40-Rthlr.-Loose wurden folgende 40 Serien, à 25 Stück Loose, gezogen: Serie 35, 110, 178, 184, 265, 358, 391, 499, 629, 932, 938, 1075, 1234, 1446, 1457, 1702, 1857, 2071, 2202, 2313, 2350, 2381, 2464, 2502, 3514, 3556, 4087, 4254, 4341, 4489, 4905, 4955, 5126, 5146, 5192, 5347, 5378, 5968, 6519, 6655. — Die Gewinnziehung erfolgt am 1. Juli d. J.

Wien, 1. Juni. Bei der heutigen Ziehung der österreichischen 100-fl.-Loose von 1864 wurden folgende 8 Serien à 100 Stück Loose gezogen: Serie 3845, 3667, 2341, 1280, 317, 2908, 1844 und 3270, und fielen bei der alsbald vorgenommenen Gewinnziehung auf folgende Loose die beigesetzten hohen Prämien: Serie 2341 Nr. 19 250,000 fl., Serie 1280 Nr. 20 25,000 fl., Serie 3667 Nr. 39 15,000 fl., Serie 1280 Nr. 47 10,000 fl., Serie 1280 Nr. 22 und Serie 3270 Nr. 10 je à 5000 fl., Serie 3667 Nr. 54, Serie 2341 Nr. 94 und Serie 1844 Nr. 34 je à 2000 fl.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

1. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 8,60'''	+13,5	S.W.	stark bew.	trüb, mild
Mittags 2 „	„ 8,07'''	+19,0	„	„ „	Sonnenbl., warm
Nachts 9 „	„ 7,20'''	+15,0	„	„ „	trüb, Nachts Reg.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.k.229. Langendenzlingen.

Bekanntmachung und Empfehlung.

Allen Handel- und Gewerbetreibenden des In- und Auslandes, besonders aber denjenigen der Umgegend, mache ich hiemit die ergebene Mittheilung, daß ich neben meinem schon lange bestehenden

Langwaaren-, Spezerei-, Tabak- und Cigarren-Geschäft

auf hiesigem Platze, bei Beginn des Sommerfahrtplanes, bei welchem die hiesige Güterhaltstelle dem Verkehre übergeben werden soll, ein

Speditions- und Kommissions-Geschäft

gründen werde, welches ich denselben vorläufig angelegentlichst empfehle.

Durch ein extra dazu massiv von Stein erbautes, sehr geräumiges und ganz nahe an der Eisenbahn gelegenes Magazin, sowie im Besitze eigener Fuhrwerke und der erforderlichen Leute, bin ich in den Stand gesetzt, Diejenigen, welche mir ihr gütiges Zutrauen schenken wollen, stets bestens zu bedienen.

Indem ich mich also nochmals bestens empfehle, bitte ich um gütiges Wohlwollen, welches ich jederzeit durch gute, prompte und billige Bedienung zu rechtfertigen mich bemühen werde, und zeichne indessen mit aller Hochachtung ergebenst

Langendenzlingen, im Mai 1864.

G. Nübling Wwe.

Z.k.269. **Einladung zum Abonnement**
auf das
Fremdenblatt für Badenweiler.

Mit dem 1. Juni beginnend, erscheint jede Woche zwei- bis dreimal das **Fremdenblatt für Badenweiler**; dasselbe bringt die Liste der angekommenen Fremden, alle auf die Badverhältnisse bezüglichen Mittheilungen und Privatanzeigen.

Der Abonnementspreis beträgt für vier Monate 24 Kreuzer ohne Postzuschlag.

Bei jeder Postexpedition, sowie bei den Landpostboten, und für Müllheim in der Buchdruckerei von August Schmidt kann man abonniren.

Z.k.266. Karlsruhe.

„Imperiale",

Lebens- und Rentenversicherungs-Gesellschaft zu Paris, gegründet durch kaiserl. Dekret vom 29. März 1854.

Unter Bezug auf die in diesem Blatte erlassene Kundmachung des Inspektors der obengenannten **Lebens- und Rentenversicherungs-Gesellschaft** erklären wir uns hiemit bereit zur Entgegennahme von Versicherungs-Anträgen für dieselbe unter Zusicherung schneller und pünktlicher Bedienung und bereitwilliger Auskunftsertheilung über jeden erwünschten Punkt.

Karlsruhe, den 2. Juni 1864.

Die General-Agentur der Lebens- und Rentenversicherungs-Gesellschaft „Imperiale" zu Paris für das Großherzogthum Baden:

Roth & Zachmann.

Z.k.284. Offenburg. In der heutigen Generalversammlung der Gesellschaft

Spinnerei und Weberei Offenburg

sind auf Antrag des Aufsichtsrathes folgende Beschlüsse gefaßt worden:

1) Festsetzung der Dividende fürs Jahr 1863 auf 5% oder 35 fl. für die Aktie, fällig vom 30. Juni d. J. an		42000 fl. — kr.
2) Ueberweisung auf den Tilgungs-Conto für 1864		8500 fl. — kr.
3) Beitrag zur Unterstützungskasse für die Arbeiter		442 fl. 44 kr.
4) Uebertrag auf neue Rechnung des Gewinn- und Verlust-Conto zu Gunsten des Jahres 1864		21000 fl. — kr.
5) Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrathes.		
	Total	71942 fl. 44 kr.
Diese haben sich gebildet aus dem Reingewinn von 1863	63279 fl. 45 kr.	
abzüglich der statuten- und vertragsmäßigen Tantiemen	2766 fl. 24 kr.	
Rest	60513 fl. 21 kr.	
und aus den vom vorigen Jahre übertragenen	11429 fl. 23 kr.	71942 fl. 44 kr.

Außerdem wurden schon vor dem Abschlusse die statutenmäßigen Minderwerthsbeträge von dem fest angelegten Gesellschaftsvermögen mit 27936 fl. 40 kr. auf dem Tilgungs-Conto gebucht.

Die Dividende für 1863 mit 35 fl. pr. Aktie kann gegen Abgabe der 1ten Dividenden-Anweisung vom 30. Juni d. J. an bei der Gesellschaftskasse oder bei den Bankhäusern der Herren **Macaire & Co.** in **Konstanz**, **Gebrüder Kapferer** in **Freiburg i. Bg.**, **Hummel & Co.** in **Kehl & Straßburg**, **Gebrüder Haas** in **Karlsruhe**, **Köster, vom Rath & Co.** in **Heidelberg**, **G. Langbein & Co.** in **Stuttgart**, **J. C. Knopf** in **Nürnberg**, **B. Metzler** seel. Sohn **& Co.** in **Frankfurt a. M.** und bei der **Direktion der Diskonto-Gesellschaft** in **Berlin** in Empfang genommen werden.

Offenburg, den 30. Mai 1864.

Spinnerei & Weberei Offenburg.

Z.k.277. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Das badische Eisenbahn-Lotterie-Anlehen gegen 35-fl.-Loose vom Jahr 1845 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Serienziehung des oben genannten Lotterie-Anlehens sind nachstehende Nummern herausgekommen, welche an der planmäßig am 30. Juni d. J. stattfindenden **74.** Gewinnziehung Theil nehmen:

Serie-Nr. 186. 260. 806. 2268. 2812. 3132. 3752. 4362. 5250. 5722. 5734. 5872. 6053. 6425. 6541. 6647. 6669. 6819. 7243. 7547.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 31. Mai 1864.

Großh. bad. Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.
Harrer.

Z.k.289. Nr. 838. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

In Folge allerhöchster Genehmigung sollen in dem nördlichen Theile des Erbprinzengartens zwei mit Arkaden versehene Häuserreihen, und zwar die eine längs des zu überwölbenden Landgrabens, die andere längs der zu verlängernden Lammstraße erbaut werden, deren Façaden gegen den Garten sich kehren sollen und zu deren Zufahrt der erforderliche Straßenraum abgegeben werden wird.

Diese Häuser sollen in gleichem Baustyle und dreistöckig hergestellt werden, worüber der in der Hauptsache einzuhaltende Plan von dem großh. Hofbauamt gefertigt ist und dort in Augenschein genommen werden kann.

Diejenigen Unternehmer, welche in dieser Lage Gebäude herzustellen wünschen, werden nun eingeladen, den Plan einzusehen, und diejenigen Bauplätze, welche sie zu erhalten wünschen, uns zu bezeichnen, worauf in nähere Verhandlungen eingetreten werden wird.

Karlsruhe, am 1. Juni 1864.

Großherzogliche Intendanz der Hofdomänen.
F. v. Kettner.
Dahlinger.

„Für Kunstfreunde."

Z.k.311. In der Hofkunsthandlung von **J. Velten** in **Karlsruhe** ist nebst andern neuen Kupferstichen 2c. so eben eingetroffen:

„Die Taufe"

nach dem berühmten Gemälde von Louis Knaus, gestochen von Ballin.

Preis auf chin. Papier 30 fl.

Z.k.191. Gais.

Molkenkurort-Gais

Cant. Appenzell,

Gasthof zum Ochsen.

Hiemit beehre ich mich, E. E. Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich meinen Gasthof pachtweise an Herrn Karl Senn-Ketterer von Basel abgetreten habe, und ersuche, das mir bis dahin bewiesene Zutrauen auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Gais, den 15. Mai 1864.

J. Heim älter zum Ochsen.

Unter Bezugnahme auf Obiges erlaube ich mir, E. E. Publikum den **Gasthof zum Ochsen** in **Gais** bestens zu empfehlen, indem ich Allem aufbieten werde, um demselben seinen bisherigen guten Ruf zu erhalten.

Basel, den 20. Mai 1864.

Karl Senn-Ketterer.

Z.k.238. Basel.

Gesellschafter-Gesuch. Die Familie eines gemüthskranken Herrn, in einer Hauptstadt der deutschen Schweiz, wünschte als Gesellschafter für denselben einen Kandidaten der Medizin, welcher wenigstens das medizinische oder chirurgische Examen schon bestanden und also vorkommende ärztliche Hilfe leisten könnte.

Sein Charakter müßte so sein, daß er den nur mit fixen Ideen behafteten, sonst verständigen Kranken mit Güte und Kaltblütigkeit zu lenken verstände.

Außer freier und in jeder Hinsicht honnetter Station würde das halbjährige Honorar so sein, daß der sich Meldende je ein Semester auf einer Universität studirend reichlich damit ausreichen würde.

Anträge erbittet man bestens und frankirt unter Chiffre A B poste restante **Basel** zu adressiren.

Stellegesuch. Z. k. 287. Ein junger Mann, der bereits 8 Jahre als Heizer und Maschinenwärter diente und die besten Zeugnisse aufweisen kann, wünscht eine ähnliche Stelle. Offerten unter A B befördert die Expedition dieses Blattes.

Z.k.297. Heidelberg.

Zu verkaufen.

Ein noch wenig gebrauchter Omnibus, 10- bis 12sitzig, ohne Coupé; ferner eine Droschke.

Großh. Posstallmeisterei Heidelberg.
Fuhrbach.

Offene Stelle. Z.k.223. In einem Bankgeschäft einer größeren Stadt Badens ist für einen tüchtigen Comptoiristen eine Stelle offen.

Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Z.k.295. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt die ersten

Neuen **Matjes-Häringe**, frischen **Kaviar**, frisch ger. **Rheinlachs** und russ. mar. Sardines, **westph. Schinken**, echte **Lyoner**, **Veron. Salami**, **Göttinger** und **Braunschweiger Würste**, sowie

— **echt engl. Ale- und Porterbier**, —

echt **Münchner Bockbier** vom Hofbräuhaus,
„ „ **Lagerbier** vom Spaten,
„ „ **Exportbier** von G. Pschorr,

(**Lagerbier** in Flaschen und bei Originalfaß billiger), ferner frischen

moussirenden Mai-Kräuter-Wein,
Limonade Gazeuse u. engl. **Soda-Water** (billiger).

Z.k.302. **Apotheken**

in Bayern und der Pfalz sind zu verkaufen durch die Red. d. Neuen Jahrbuchs für Pharmacie — Dr. F. Vorwerk in Speyer. — Geringste Anzahlung 10 mille.

Verkauf!

Z.k.281. In der Gemeinde Steinach, ¼ Stunde von der zu erbauenden Kinzigthalbahn, und in einer der schönsten Lagen des Kinzigthales, ist ein geschlossenes Hofgut aus freier Hand zu verkaufen.

Dasselbe liegt auf der Sommerseite, besteht aus 34 Morgen Ackerfeld mit sehr vielen Obstbäumen, 14 Morgen Wässerwiesen, 49 Morgen Buch- und Eichwald, ungefähr 40 Morgen Birkenbosch und 14 Sester Almend, eingetheilt nach neuem Maß; ferner einem Wohnhaus, Stallung und Scheuer unter einem Dach, einem Leibgedinghaus, einem Trottschopf und einer gut erhaltenen Mühle.

Das Nähere besorgt auf frankirte Anfragen die Expedition dieses Blattes.

Z.k.293. Stafforth, Landamts Karlsruhe.

Rindfassel-Versteigerung.

Mittwoch den 8. Juni l. J.,
Nachmittags 1 Uhr,

wird in der Gemeinde Stafforth beim Rathhause ein 1000 Pfund schwerer, fetter Rindfassel öffentlich versteigert; wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Stafforth, den 1. Juni 1864.

Bürgermeisteramt.
Glaser.
vdt. Beideck, Rathschrbr.

Z.i.62. Brigach bei St. Georgen.

Verkauf eines Hofguts.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem Hofbauer Christian Obergfell in Brigach die nachverzeichneten Liegenschaften

Dienstag den 14. Juni d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

im Gasthaus zum Rößle auf der Sommerau öffentlich versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis auch nicht erreicht wird.

Beschreibung der Liegenschaften.

Ein geschlossenes Hofgut, bestehend in einem zweistöckigen Wohnhaus, Scheuer und Stallung unter einem Dach, einem Fruchtspeicher und einer Backküche,

ca.	14	Morgen	1	Viertel	30	Ruthen	Acker,	
„	110	„	3	„	71	„	Weidfeld,	
„	18	„	1	„	48	„	Wiesen,	
„	35	„	2	„	35	„	junger Wald und	
„	—	„	—	„	15	„	Garten	

auf der Sommerau, Gemarkung Brigach, gelegen, neben Jakob Kammerer, Christian Weisser, Christian Obergfell und Staatswaldungen.

Das Ganze nach Abzug des darauf haftenden Leibgedings taxirt zu . . . . . 14,716 fl.

Vierzehntausend Siebenhundert zehn sechs Gulden.

Hornberg, den 23. Mai 1864.

Karl Langer, Notar.

Z.k. 275. Emmendingen. (Eichenschälholz-Versteigerung.) Bis Mittwoch den 8. Juni d. J. versteigern wir gegen baare Bezahlung vor der Abfuhr aus der Forstdomäne Theninger Almend, Hartholzschlag Nr. 30 und Weichholzschlag Nr. 1:

113 Stämme Eichen, Nutz- und Wagnerholz, 15 Klftr. eichenes Rebsteckenholz (8 Fuß lang), 30 Klftr. eichenes Scheit- und 57 Klftr. eichenes Prügelholz.

Zusammenkunft früh 9 Uhr im Weichholzschlag zunächst der Feuerbachbrücke.

Emmendingen, den 30. Mai 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Fischer.

Z.i.74. Nr. 11,435. Heidelberg. (Fahndung.) Am 14. d. Mts. kam — wahrscheinlich im hiesigen Bahnhof — ein Postpaket abhanden, welches in graues Packpapier verpackt, übers Kreuz mit Bindfaden verschnürt und versiegelt war, etwa 5" lang, 3" breit und 2" hoch, enthaltend 4 Geldsendungen im Betrag von 900—1000 fl., im Gewicht von 2 Pfd. 19 8/10 Loth.

Wir machen dies behufs der Fahndung bekannt.

Heidelberg, den 31. Mai 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
v. Litschgi.

B.873. Nr. 6421. Emmendingen. (Bekanntmachung.) Unter Ord.-Zahl 41 wurde heute in das Firmenregister eingetragen Kaufmann Jakob Bumiller, Wittwer, aus Jungingen, wohnhaft in Bahlingen. Inhaber der Handelsfirma Jakob Bumiller in Bahlingen. Emmendingen, den 28. Mai 1864.

Großh. bad. Amtsgericht. v. Rotteck.

Frankfurt, 1. Juni 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.	93½ G.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102¼ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	79¾ P.	„	4½% do.	102⅜ P.
„	5% do. 1859 „ „	78¾ bez.	„	4% do.	99¼ bez.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	„	3½% do.	92¼ P.
„	5% Bener. C. b. R. 6/7	83⅜ G.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99⅝ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68 G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	91¼ G.
„	5% Met.-Obligat.	61⅜ G.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	91⅛ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	61⅜ G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89⅝ P.
„	4½% Met.-Oblig.	54⅝ bez.	Frankf.	3½% Obligation.	98¼ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105½ G.	„	3% do.	94 P.
„	4½% do.	101 P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	86¼ bez.
„	4% do.	95 G.	Ftnnl.	4½% O. i. R. à 105	88½ P.
„	3½% Staatssch.	89¾ G.	Span.	3% inl. Schuld	— —
Bayern	4½% 1jährig	102 G.	„	2¼% Schuld	45⅝ G.
„	4½% ½jährig	102¼ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100¼ P.
„	4% 1jährig	100⅛ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68½ P.
„	4% ½jährig	100½ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94½ G.
„	4% Ablös.-Rente	99¾ bez.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	94¾ P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	100 G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105 bz. G.	„	4½% Bern. St.-O.	102 G.
„	4% do.	103 G.	„	4% do.	94 P.
„	3½% do.	94 G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97½ P.
Baden	4% Obligation.	100⅛ P.	N.-Am.	6% St. i. D. r. 1881	61¾ P.
„	3½% do. v. 1842	93½ P.	„	6% do. r. 1882	59⅝ b. G.
G.Hess.	5% Obligation.	102⅜ P.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	99¼ G.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3%	Frankfurter Bank	140½ P.	4%	Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96⅜ P.
3%	Oesterr. Bank-Aktien	799 G.	3%	Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50¾ P.
5%	„ Cred. A. i. O. W.	201 G.	3%	Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50⅝ P.
3%	Bayer. Bank à fl. 500	895 G.	5%	Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76 G
4%	Darmst. B.-A. à fl. 250	223 G.	5%	Elisabethbahn-Prior. 6/7	80¼ bez.
4%	Weimar. Bank-Aktien	93 G.	5%	do. neueste Emiss. 6/7	73 P.
4%	Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97⅝ G.	5%	Bdh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	83 P.
4%	Luxemb. Bank-Aktien	105 G.	5%	Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	83¾ P.
Span.	H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½%	Hess. Ldwigsb.-Prior.	101⅜ P.
Taunusbahn	-Akt. à fl. 250	317 P.	5%	Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	80 P.
3½%	Frankf. Han. Esnb.-A.	100½ P.	5%	„ „ 2. „ „ „	— —
5%	Oesterr. Staats-Esnb.-A.	189 P.	4½%	Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	103 G.
5%	Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	116¾ G.	4%	„ „ „	98⅞ P.
5%	Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68½ P.	4½%	Rhein-Naheb. Pr.-O.	99¾ G.
Rhein-Nahe-Bahn		28⅞ bez.	5%	Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4%	Ldwh.-Berb. Eisenbahn	144½ G.	4%	Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	245 P.
4%	Neustadt-Dürkheimer	98¾ P.	Span.	Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½%	Pf. Max-Esb.-A. b. R.	105¼ G.	4½%	Bayer. Ostb. 50% „	111½ P.
4½%	Bayer. Ostbahn-Aktien	112⅜ P.	3%	Deutsch. Phönix 20% „	151¾ G.
4%	Hess. Ludwigsbahn	127 bez.	Frkf.	Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien		— —	4%	Frkf. Provident. 20% „	93 G.
4½%	Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf.	Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	129 G.
„ 250 fl. „ 1854	79¼ P.
„ 100 fl. Pr L 1858	134¾ G.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	84⅝ bez.
„ 100 fl. v. 1864	— —
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅜ G.
Bad. 50-fl.-Loose	111½ P.
„ 35-fl.- „	— —
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	— —
Gr.-Hess. 50 fl. L. b. R.	138 P.
„ 25 fl. „ „ „	37½ G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36¾ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	34½ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	36 P.
3% Bordeaux 100 Fr	86¼ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅜ G.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	100⅜ B.
Antwerpen	„	93⅞ G.
Augsb. 2½ fl. 100	„	100 B.
Berlin	„	105 G.
Bremen	„	97 B.
Brüssel	„	93⅞ G.
Cöln	„	105¼ B.
Hamburg	„	88¾ G.
Leipzig	„	104⅞ G.
London	„	118⅞ G.
Maild. i. Fr. 200	„	94⅛ B.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	94⅛ G.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	k. S.	102⅛ G.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 56 -57
Holl. fl. 10 St.	„	9 48½-49½
Rand-Ducat.	„	5 33½-34½
20-Frankenst.	„	9 24½-25½
Engl. Sover.	„	11 50 -54
Russ. Imper.	„	9 41 -43
Gold pr. Zpfd.	„	803 -808
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hb. Silb. p. Zpfd.	„	52 6-36
Preuß. Cassch.	„	1 45 -45¼
Doll. in Gold	„	2 27 -28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg